

**Bearbeiter:** Rocco Beck

**Zitiervorschlag:** BGH 3 StR 426/00, Beschluss v. 18.10.2000, HRRS-Datenbank, Rn. X

---

**BGH 3 StR 426/00 - Beschluß v. 18. Oktober 2000 (LG Oldenburg)**

**Verschlechterungsverbot; Adhäsionsverfahren**

**§ 358 Abs. 2 StPO; § 403 ff. StPO**

**Leitsatz des Bearbeiters**

**In dem erstmaligen Zuspruch eines Anspruchs auf Schmerzensgeld im Adhäsionsverfahren, nachdem die Sache auf die Revision des Angeklagten hin aufgehoben und zurückverwiesen wurde, liegt kein Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot.**

**Entscheidungstenor**

Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Oldenburg vom 13. April 2000 wird als unbegründet verworfen, da die Nachprüfung des Urteils auf Grund der Revisionsrechtfertigung keinen Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten ergeben hat (§ 349 Abs. 2 StPO).

Der Beschwerdeführer hat die Kosten des Rechtsmittels und die dem Nebenkläger im Revisionsverfahren entstandenen notwendigen Auslagen zu tragen.

**Ergänzend zur Antragsschrift des Generalbundesanwalts bemerkt der Senat:**

Das Landgericht war durch das Verschlechterungsverbot des § 358 Abs. 2 StPO nicht gehindert, erstmals nach der 1  
auf die Revision des Angeklagten erfolgten Aufhebung und Zurückverweisung der Sache durch den Senat (Beschl. vom 17. November 1999 - 3 StR 472/99) dem Verletzten im Wege des Adhäsionsverfahrens Schmerzensgeld dem Grunde nach zuzusprechen. Da der Ersatzanspruch zivilrechtlicher Natur ist, handelt es sich dabei nicht um eine "Rechtsfolge der Tat" i.S.v. § 358 Abs. 2 StPO (vgl. Engelhardt in KK 4. Aufl. § 404 Rdn. 3; Hilger in Löwe/Rosenberg, StPO 25. Aufl. § 404 Rdn. 4; Stöckel in KMR 18. ErgLfg. § 404 Rdn. 5).